

D-4

Titel Probiert's Mal mit Entlastung

Antragsteller*innen

Adressat*innen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Probiert's Mal mit Entlastung

- 1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat die bestehenden Probleme im globalen Wirt-
2 schaftssystem verstärkt. Die aktuelle Inflation ist in erster Linie eine
- 3 Angebotsinflation. Ein Grund hierfür sind die immer noch sehr belasteten Lieferketten, die sich noch immer
4 nicht von den Auswirkungen der Corona-Krise erholt haben. Ein anderer Grund ist die
- 5 Verknappung von Energieträgern – insbesondere Gas, die zu erhöhten Energiepreisen führt. Die Verknappung
6 der Gaslieferung ist eine Auswirkung der Sanktionen, die wir gemeinsam mit den europäischen und transt-
7 lantischen Partner*innen verhängt haben: Als Reaktion dreht Putin unter Scheinargumenten wie der Wartung
8 von Pipelines die Gaszufuhr ab. Trotz der Erkenntnis, dass unsere Sanktionen damit in Teilen kausal ursäch-
9 lich für die gestiegenen Preise sind – die bestehende ökonomische Ungleichheit massiv verschärfen, weil sie
10 unterschiedliche
- 11 Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hart treffen – halten wir diese weiterhin für richtig. Die Härte der Sank-
12 tionen muss aufrecht erhalten werden. Um die sozialen Auswirkungen abzumildern, braucht es höhere Löhne
13 und zB einen Energiepreisdeckel, gleichzeitig auch gezielte sozialpolitische und verteilungspolitisch sinnvolle
14 Entlastungspakete.
- 15 Unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen werden wir immer nur Abwehrkämpfe gegen sich im-
16 mer weiter verschärfende Ungleichheiten führen können. Die Entlastungspakete sind nur ein Tropfen auf dem
17 heißen Stein. Wir wollen diese Krise nutzen, um das Verständnis dafür zu verstärken, dass Verteilungsgerech-
18 tigkeit in dieser Wirtschaftsform nicht möglich ist.
- 19 Um die Folgen des Krieges, die steigende Inflationsrate und Engpässe in der
20 Energieversorgung abzumildern, hat die Bundesregierung bereits zwei
21 Entlastungspakete beschlossen. Teilweise sind diese bereits umgesetzt. Einige
22 Maßnahmen haben sich als echte Hilfen erwiesen, andere als wirkungslos. Es gilt aus den
23 Entlastungspaketen zu lernen, neue Maßnahmen zu ergänzen, sinnvolle
24 Maßnahmen zu verlängern und unsinnige gleich wieder zu beerdigen. Dieser Antrag ist unsere Bewertung zu
25 den Maßnahmen der ersten zwei Entlastungspakete.
- 26 Wir stellen aber fest, dass die aktuelle ökonomische Krise in der Kontinuität der letzten Krisen dazu führt,
27 dass diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mit Arbeit verdienen, insbesondere die unteren Einkommensper-
28 zentilen von Reallohnverlusten betroffen sind. Diese ökonomischen Krisen führen systematisch zu einer Um-
29 verteilung von unten nach oben. Entlastungspakete bekämpfen lediglich die Auswirkungen, ohne etwas an
30 den Ursachen zu ändern. Wir Jungsozialist*innen geben uns damit nicht zufrieden und werden weiter daran
31 arbeiten, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Krise des Kapitalismus zu schärfen und mit konkreten An-
32 sätzen Vorschläge zur Überwindung zu machen. Ein erster Schritt muss sein, in die Krise geratenen Firmen
33 der Schlüsselindustrien nicht nur mit staatlichen Hilfen durch die Krise zu bringen und Gewinne anschließend

34 wieder zu privatisieren, sondern zu vergesellschaften und die Demokratisierung dieser Betriebe konsequent
35 zu realisieren.

36 Denn die vergangenen Wochen und Monate haben klar gezeigt: Der Handlungsdruck ist weiter hoch! Es
37 braucht ein drittes Entlastungspaket. Wir haben die Konzepte dafür.

38 Nachhaltigkeit statt Tankrabatt

39 Manche Kritiker*innen sagen, der Tankrabatt und das 9€-Ticket seien pauschale

40 Maßnahmen mit der Gießkanne, in ihrer Wirkung zu unspezifisch und damit von

41 vornherein völlig verfehlt. Diese Kritik greift allerdings viel zu kurz. Es gibt

42 zwischen den beiden sehr wohl gewichtige Unterschiede. Dass das 9€-Ticket dem Tankrabatt aus

43 ökologischen Gründen vorzuziehen ist, ist offensichtlich und muss an dieser Stelle nicht diskutiert werden.

44 Wir wollen beide Maßnahmen aus einer sozialen Perspektive betrachten, denn darum sollte es bei den Ent-
45 lastungspaketen vorrangig gehen: Eine sozial gerechte Entlastung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die es
46 brauchen. Wer profitiert also wirklich von Tankrabatt und 9€-Ticket?

47 Dazu muss man den Zugang zu Mobilität und das Mobilitätsverhalten

48 unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen betrachten. Wie die Studie Mobilität in

49 Deutschland 2017 zeigt, besitzen über 50% der Haushalte mit sehr niedrigem

50 ökonomischen Status gar kein Auto, wohingegen nur 10% der Haushalte mit hohem

51 bzw. sehr hohem ökonomischen Status kein Auto besitzen. Der Besitz mehrerer Autos pro Haushalt steigt

52 mit dem ökonomischen Status signifikant an. Besonders deutlich wird dies daran, dass ganze 10% der Haus-

53 halte mit sehr hohem ökonomischen Status drei und mehr Autos besitzen. Ob und wie viel jemand mit dem

54 Auto fährt, ist also zu großen Teilen eine Frage des finanziellen Vermögens. So ergeben sich mit sinkendem

55 ökonomischen Status signifikant höhere

56 Anteile des ÖPNV und des Fußverkehrs. Dabei gibt es regionale Unterschiede, was den Besitz von

57 Autos angeht, die sich insbesondere auf das vorhandene bzw. eben nicht vorhandene ÖPNV Angebot zurück-

58 führen lassen. Wo es keine Alternative gibt, sind auch Menschen mit weniger Geld dazu gezwungen, ein Auto

59 zu besitzen und zu nutzen.

60 Die Entlastung durch den Tankrabatt kommt daher überwiegend Menschen zu Gute,

61 die nicht darauf angewiesen sind. Der ÖPNV hingegen stellt für Menschen mit

62 niedrigem Einkommen schon jetzt eine notwendige Alternative dar. Sie sind es, die mit der derzeitigen Inflation

63 am meisten zu kämpfen haben und sie profitieren

64 überproportional vom 9€-Ticket. An dieser Stelle muss hervorgehoben werden, dass

65 insbesondere Arbeitnehmer*innen mit niedrigem Einkommen profitieren, denn 42%

66 des Verkehrsaufkommens sind Arbeit und Ausbildung geschuldet.

67 Arbeitnehmer*innen haben daher ein aktiveres Mobilitätsverhalten als beispielsweise Rentner*innen.

68

69 Darüber hinaus profitieren vom 9€-Ticket insbesondere Kinder und Jugendliche, die

70 höchstens als Mitfahrer*innen ihrer Eltern mit dem Auto mobil sind. So ist der ÖPNV

71 neben Rad- und Fußverkehr die einzige Möglichkeit, um Kindern eine eigene,

72 unabhängige Mobilität zu ermöglichen. Gerade auf längeren Distanzen ist nur der

73 ÖPNV eine Option. Insbesondere das Mobilitätsverhalten von 10- bis 17-jährigen ist stark durch den ÖPNV

74 geprägt. Das 9€-Ticket ermöglicht nun zum ersten Mal Mobilität, die sich auch vom Taschengeld bezahlen

75 lässt.

76 Damit ist klar: Der Tankrabatt ist sozial ungerecht. Wir fordern daher, dass der Tankrabatt auf keinen Fall
77 verlängert wird. Am besten wäre er nie eingeführt worden.

78 Als sozial gerechte Maßnahmen, um den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu
79 senken und so auch für sinkende Preise an den Tankstellen zu sorgen, fordern wir
80 daher zeitlich begrenzte Fahrverbote sowie die dauerhafte Einführung eines
81 allgemeinen Tempolimits von 130 km/h und die Absenkung bereits bestehender
82 Tempolimits. In den Innenstädten braucht es großflächig autofreie Zonen. Die Wirksamkeit dieser Maßnah-
83 men wurde in diversen Studien, u. a. des Umweltbundesamtes, ausreichend dargelegt.

84 Die Entwicklung der Spritpreise hat dazu geführt, dass der Tankrabatt obendrein
85 nahezu wirkungslos verpufft ist. Stattdessen streichen einige wenige
86 Mineralölkonzerne große Gewinne ein. Damit der Tankrabatt nicht vollends zu einer
87 überflüssigen Finanzspritze für Mineralölkonzerne wird, müssen die dadurch entstandenen Gewinne durch
88 eine zusätzliche Übergewinnsteuer abgeschöpft werden.

89 Da die Inflationsrate aber weiter steigt und gerade Menschen mit niedrigem Einkommen eine weitere Entlas-
90 tung brauchen, muss das 9€-Ticket verlängert werden. Nur ein dauerhaftes 9€-Ticket wird zu einer dauerhaf-
91 ten Verhaltensänderung führen.

92 2,5 Mrd. € pro Quartal, also 10 Mrd. € pro Jahr sind vergleichsweise niedrige Kosten,
93 um ein günstiges Ticketangebot zur Verfügung zu stellen. Freilich sind in diesen
94 Kosten nicht die Kosten für die nötigen Angebotsausweitungen des ÖPNV und den dringend benötigten Aus-
95 bau der Infrastruktur enthalten – aber die Kosten für den Ausbau des ÖPNV sind im Rahmen der Verkehrs-
96 wende bereits eingepreist.

97 Eine Rückerstattung von Leistungen durch ALG II-Empfänger*innen, die in einigen
98 Bundesländern (u. a. Bayern) im Raum steht, da die tatsächlichen Kosten für das 9€-
99 Ticket unterhalb der im ALG II vorgesehenen Pauschale für Mobilität liegen, lehnen
100 wir ab. Die Behauptung, dass dadurch eine Übervorteilung entsteht ist nicht nur ein
101 Schlag ins Gesicht von Menschen, die ALG II-Empfänger*innen sind, sondern
102 widerspricht auch der grundsätzlichen Logik der Entlastung. Denn gerade für Empfänger*innen von Sozial-
103 leistungen reichen die bisher beschlossenen Entlastungen bei Weitem nicht aus.

104 Mieter*innenschutz in Krisenzeiten

105 Wohnraum ist ein wesentliches Grundbedürfnis, das durch steigende Mieten und nun
106 auch noch durch die Inflation erhöhte Lebenshaltungskosten gefährdet ist. Die
107 finanziellen Folgen der Zeitenwende dürfen nicht zu Lasten der Mieter*innen gehen,
108 die Miete umfasst schon jetzt oft über die Hälfte der Lebenshaltungskosten. Weitere Preissteigerungen stellen
109 daher unerträgliche Belastungen dar, können sogar zum Wohnungsverlust führen und sind daher für uns
110 nicht akzeptabel.

111 Mietenstopp

112 Wir fordern daher einen sofortigen bundesweiten Mietenstopp – ohne
113 Inflationsausgleich und gerade auch für Indexmieten. Gerade angesichts der
114 allgemein steigenden Preise ist ein Mietenstopp nun geeignet und erforderlich, um
115 sicherzustellen, dass die Kaltmieten für Wohnraum nicht noch weiter steigen und

116 keine Gefahr eines Wohnungsverlustes besteht. Und angesichts der allgemeinen
117 Teuerungen durch die Inflation könnte ein Mietenstopp zum jetzigen Zeitpunkt im
118 Verhältnis sogar preisdämpfend zugunsten der Mieter*innen wirken. Forderungen von
119 Großkonzernen wie Vonovia, die nun angesichts der Inflation fürchten, ihre Gewinnerwartungen in Milliarden-
120 höhe nicht zu erzielen und deshalb die Mieten entsprechend weiter erhöhen wollen, treten wir entschieden
121 entgegen.

122 Kündigungsmoratorium

123 Zum direkten Schutz vor Wohnungsverlust aufgrund steigender Kosten braucht es
124 sofort ein Kündigungsmoratorium. Damit wird das Recht von Vermieter*innen
125 eingeschränkt, ab zwei ausbleibenden oder unvollständigen Mietzahlungen die Kündigung auszusprechen.
126 Das Kündigungsmoratorium muss mittelfristig gelten, bis sich die Situation wieder entspannt.

127 Nebenkostenvorauszahlung

128 Erst mit Zustellung der Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2021 dürfen die
129 Vorauszahlungen auf die steigenden Preise angepasst werden. Dann wird es für viele
130 Mieter*innen auf einen Schlag immense Steigerungen der sogenannten "Zweiten Miete" geben. Hier braucht
131 es Unterstützungsleistungen für Bedürftige. Auch eine kostenlose individuelle
132 Energieberatung kommt als zusätzliche Möglichkeit in Betracht. Gas- und Stromsperrungen darf es im Herbst und
133 Winter 2022/2023 für
134 Haushalte nicht geben. Hierzu müssen die Versorger gesetzlich verpflichtet werden.

135 Heizkostenzuschuss

136 Die Bundesregierung versucht durch die beiden beschlossenen Entlastungspakete die
137 Gesellschaft zu entlasten und vor zu hohen Kosten zu schützen. Gerade beim
138 Heizkostenzuschuss werden verschiedene Zielgruppen genannt, die diesen Zuschuss erhalten
139 können, der je nach Situation unterschiedlich hoch ausfallen kann. Vergessen wurden dabei Rentner*innen,
140 die weder zwingend Wohngeld beziehen, noch Azubis oder Studierende mit Bafög Bezug sind. Wir fordern
141 daher eine Ausweitung des Heizkostenzuschusses auf Rentner*innen. Durch die
142 Preissteigerungen der vergangenen Jahre und die nicht gestiegenen Renten, sind viele von Altersarmut be-
143 troffen. Außerdem müssen auch Studierende und Auszubildende berücksichtigt werden, die kein Bafög be-
144 ziehen.

145 Das werden wir nicht hinnehmen. Der Heizkostenzuschuss muss sich an dem für
146 Wohngeldbezieher*innen orientieren und sukzessive erhöht werden, um sich an den
147 steigenden Preisen zu orientieren. Sinnvoller als ein Heizkostenzuschuss ist ein
148 Energiepreisdeckel. Dabei soll der Preisdeckel den Grundbedarf der Haushalte abdecken. Für Haushalte mit
149 enorm hohen Verbrauch führen die höheren Kosten oberhalb des Grundbedarfs zu einem Energiesparan-
150 reiz.

151 Entlastung für die Arbeitnehmer*innen – Nein zu längerer Arbeitszeit und mehr Überstunden In der Krise wird
152 die Axt des Sozial- und Arbeitnehmer*innenrechteabbaus schnell geschwungen: Finanzminister Lindner will
153 mehr Überstunden, der Chef des Bundes der Deutschen Industrie (BDI) will die 42-Stunden Woche – um den
154 Fachkräftemangel auszugleichen.

155 Doch diese Axt ist morsch und abgewetzt, das ist seit langem klar: Längere Arbeitszeiten führen nicht zu mehr
156 Produktivität – im Gegenteil rauben sie wichtige Regenerationszeit – und sind allgemein unsozial. Statt mehr
157 Zeit auf der Arbeit braucht es mehr Zeit für Familie, Freunde und die eigene physische und psychische Ge-
158 sundheit. Auch demokratisches und soziales Engagement ist mit mehr Arbeitszeit nicht machbar.

159 Für den Fachkräftemangel sind das auch keine ernstzunehmenden Vorschläge: Stattdessen
160 braucht es Verbesserung bei der Einwanderung von Fachkräften und bessere
161 Ausbildungsbedingungen – dazu gehört für uns weiterhin die umlagefinanzierte
162 Ausbildungsplatzgarantie

163 Wir stehen deshalb fest zu unserer Forderung nach weniger Arbeitszeit bei gleichbleibenden Lohn, insbe-
164 sondere auch zur der Vier-Tage-Woche. Manipulationen am Arbeitszeitrecht hin zu einer Verlängerung der
165 Arbeitszeit lehnen wir ab. Dahingehend fordern wir auch die SPD, die SPDBundestagsfraktion und dort beson-
166 ders unsere Juso-Abgeordneten auf, diese Arbeitgeber*innenforderungen abzuweisen.

167 „Höhere Löhne gegen den Reallohnverlust

168 Wir machen Schluss mit dem Mythos einer drohenden Lohn-Preis-Spirale und stärken den Gewerkschaften
169 den Rücken. Arbeitnehmer*innen brauchen jetzt Lohnerhöhungen, die den steigenden Preisen gerecht wer-
170 den. Eine Lohnzurückhaltung wäre nichts weiter als ein Versuch die Kriegs- und Krisenfolgen auf dem Rücken
171 von Millionen Beschäftigten in Deutschland abzuladen.

172 Lohnforderungen mit dem Ziel des Inflationsausgleichs ergeben noch lange keine Lohn-PreisSpirale. Anders
173 als gerne dargestellt, sind Personal- beziehungsweise Lohnkosten nicht überall gleich die größten Ausgaben
174 eines Unternehmens. Dass Lohnerhöhungen direkt zu Preissteigerungen führen und somit an die Verbrau-
175 cher*innen zurückgegeben werden ist ein gerne gezeichnetes Schreckensszenario, das in der Realität aller-
176 dings eher nicht zum tragen kommt.

177 Darüber hinaus ist das tarifpolitische Instrument der Einmalzahlungen verbraucht und ohnehin nicht in der La-
178 ge für eine nachhaltige Verbesserung der ökonomischen Situation der Arbeitnehmer*innen zu sorgen. Unsere
179 Gesellschaft erwarten dauerhafte Preissteigerungen. In den vergangenen Jahren sind die Löhne nur schwach
180 gestiegen, was unter anderem mit dazu beiträgt, dass die momentane Inflation derart große Löcher in die
181 Geldbeutel reißt.

182 Ziel guter Tarifpolitik müssen demnach Lohnsteigerungen sein, die dazu fähig sind, die Preisentwicklungen
183 tatsächlich auszugleichen und einen Reallohnverlust um jeden Preis zu verhindern. Als Jungsozialist*innen
184 stehen wir solidarisch an der Seite der Gewerkschaften.“

185 Für eine progressive Finanzpolitik in der Krise

186 Übergewinnsteuer

187 Wir fordern eine Übergewinnsteuer. Die Unterstützung dafür ist breit und kommt aus
188 der Bevölkerung, Partei, von den Landesregierungen in Bremen, Berlin und Thüringen und auch Gewerkschaf-
189 ten. Denn es kann nicht richtig sein, dass sich einige Unternehmen allein aufgrund der Preissteigerungen die
190 Taschen voll machen, während Bund und Länder ihrerseits Milliarden aufwenden müssen, um die unter den
191 Preissteigerungen leidenden Bürger*innen sowie Unternehmer*innen und zu unterstützen.

192 So verdienten die fünf größten Mineralölkonzerne mehr als das Doppelte im ersten Quartal 2022 als
193 2021.

194 Es geht hierbei nicht um eine raffgierige Besteuerung der Energiekonzerne, sondern
195 um reine Fairness. Eine Übergewinnsteuer entfällt eben nur auf Übergewinne, also
196 unerwartete Gewinne als Folge des Krieges. Selbstverständlich weiß keiner exakt,
197 welche Gewinne gemacht worden wären ohne diese Krise. Hier wird geschätzt. Diese Gewinne entstehen, wäh-
198 rend andere Wirtschaftsbereiche großen Schaden nehmen. Diese Energiekonzerne sind auch keine üblichen
199 Marktteilnehmenden, sondern haben starke Marktmacht. Der freie Wettbewerb allein kann die Energiepreise
200 also nicht senken.

201 Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche Überlegungen oder bereits
202 Übergewinnsteuern. In Italien hat z.B. der ehemalige EU-Notenbankchef Draghi eine
203 solche Maßnahme im März bei 10% pro Euro Übergewinn eingeführt und diesen

204 Steuersatz kürzlich auf 25% erhöht. Selbst die neoliberale konservative Regierung von Großbritannien hat auf
205 die Forderungen der sozialdemokratischen Labour Party in England eingelenkt und will eine solche Überge-
206 winnsteuer einführen.

207 Wir fordern darüber hinaus, ähnlich wie bei Krisen des Finanzmarkts an den Börsen üblich, den Handel und ggf.
208 auch die Produktion von nicht-systemrelevanten Gütern und Dienstleistungen vorübergehend zu verbieten.
209 Hierzu zählen insbesondere Luxusgüter wie Schmuck, Privatboote oder übermäßig große PKWs und SUVs, in
210 denen auch überproportional gasintensiv produzierte Stoffe wie Silizium und Silikone enthalten sind. Da auch
211 die Bauindustrie starker Abnehmer gasintensiver Produkte ist, sollte auch der Bau von nicht-notwendigen
212 Gebäuden wie Zweit- und Ferienhäusern sowie weiterer Luxusimmobilien vorübergehend gestoppt werden.
213 Aber nicht nur

214 Güter, sondern auch energieintensive Dienstleistungen wie Lieferung von Konsumprodukten in Städten sind
215 nicht systemrelevant. Uns ist bewusst, dass sich hierdurch übervolle Auftragsbücher bei Unternehmen bilden
216 könnten, die in diesen nicht-essentiellen Lebensbereichen tätig sind. Um nach dem Ende des Handelsstopps
217 hierdurch keine Übergewinne bei Privaten entstehen zu lassen, braucht es eine Rechtsgrundlage für eine er-
218 leichterte Verstaatlichung der betreffenden Unternehmen.

219 Finanzpolitisch durchstarten – Schuldenbremse anzünden

220 Das Sondervermögen für die Bundeswehr hat massive Diskussionen um die Frage
221 aufgebracht, welche Vorhaben der Staat mit Geld priorisiert. Diese Frage ist mehr als
222 berechtigt, denn seit Jahren lautet die einhellige Erzählung – auch parteiintern –

223 der Bund, die Länder und die Kommunen müssten sparen. "Finanzpolitische

224 Verantwortung" sei das Gebot der Stunde, hohe Ausgaben könnten vor den

225 "kommenden jungen Generationen" nicht gerechtfertigt werden. Auf dem Gipfel dieser

226 finanzpolitischen Selbstgeißelung wurde 2014 eine "Schuldenbremse" ins

227 Grundgesetz eingefügt – auch mit den Stimmen der SPD. Der Bund darf seither nur sehr begrenzt mehr Geld
228 ausgeben, als er durch Steuern einnimmt. Mehrere Bundesländer haben ähnliche Regelungen in ihre Verfas-
229 sungen aufgenommen.

230 Die Auswirkungen dieser Politik waren eine Katastrophe. Die Unmöglichkeit der

231 öffentlichen Hand, mehr Geld in die Gesellschaft zu investieren, hat uns marode

232 Schulen und Universitäten, weniger und weniger sozialen Wohnraum eingebracht und den Fortschritt beim
233 Klimaschutz verzögert. Auch in anderen europäischen Staaten wurde das Feuer finanzpolitischen Sparens
234 entzündet – und verbrannte zuverlässig den Sozialstaat, soziale Sicherungssysteme und gesellschaftlichen
235 Wohlstand.

236 Während der Finanzkrise von 2009 hätten öffentliche Investitionen die wirtschaftliche

237 Problemlage auffangen können. Das Gegenprogramm verursachte einen massiven

238 Anstieg der Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, vergrößerte den prekären

239 Sektor wie in Italien und Beschneidungen von Arbeitnehmer*innenrechten wie in

240 Frankreich – und traf dabei die "kommenden Generationen" besonders hart. Als besonderes Schankerl
241 konnte sich ein neuer Rechtsnationalismus an den sozialen Problemen emporarbeiten.

242 Mit der Ampel-Koalition soll der Fortschritt kommen. Doch das Festhalten an der

243 Schuldenbremse gefährdet viele Projekte: Sozialer Klimaschutz bedeutet,

244 Kohlearbeiter*innen finanziell abzusichern und den Schienenverkehr massiv

245 auszubauen. Mehr Wohnraum bedeutet mehr staatlichen Wohnungsbau und eine

246 Offensive bei Bildung, Ausbildung und Studium bedeutet Investitionen in Schulen, Lehrkräfte und universitäre
247 Forschung. Diese Ideen sind nicht neu, aber ohne ausreichende finanzpolitische Mittel werden wir wenige
248 umsetzen können.

249 Die Schuldenbremse muss deshalb aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Dort
250 hat sie im Übrigen auch nichts verloren – die Verfassung regelt die Grundlagen und
251 Grundwerte unseres Staates und der Gesellschaft. Es ist für eine Demokratie aber problematisch, wenn der
252 Investitionsentscheidungen an eine Zweidrittelmehrheit geknüpft ist.

253 Wenn das Parlament eine Schuldenbremse für die richtige Idee hält, kann es diese mit einer einfachen Mehr-
254 heit beschließen und wieder abschaffen – für uns als Jusos und für die SPD ist sie es aber ohnehin nicht.

255 Wir fordern deshalb weiterhin, dass die SPD sich in der Koalition für eine Streichung stark macht. Mittlerweile
256 signalisiert auch die Union Gesprächsmöglichkeiten in dieser
257 Frage. Die Jusos und die SPD müssen diese Situation nutzen, Druck ausüben und auf
258 eine Formierung einer entsprechenden Mehrheit hinwirken. Für die Zukunft fordern wir, dass die SPD in Re-
259 gierungsverhandlungen auf Anstrengungen zur Abschaffung der "Schuldenbremse" besteht.

260 Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel

261 Bereits mit dem ersten Entlastungspaket hat die Bundesregierung einige wirkungsvolle Maßnahmen be-
262 schlossen – darunter das 9-Euro-Ticket, mit dem sich enorm viele Menschen Bus, Bahn und Tram leisten
263 können.

264 Gerade weil Preise quer durch die Bank steigen, hat eine Diskussion zu unrecht zu wenig Aufmerksamkeit
265 bekommen: Die Abschaffung oder zumindest Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

266 Als Sozialist*innen sehen wir die Mehrwertsteuer allgemein kritisch. Als indirekte
267 Steuer ist sie nicht progressiv ausgestaltet. Sie wird also nicht anhand der Höhe des Einkommens oder des
268 Vermögens erhoben, sondern als immer gleicher Betrag.

269 Damit belastet sie aber Menschen mit weniger Geld deutlich stärker.

270 Wir wissen, dass die Auswahl der Nahrungsmittel vom Geldbeutel abhängt – wer
271 weniger Geld hat, kann sich oft gesundes Essen nicht leisten. Deswegen fordern wir die Abschaffung der
272 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Auch bei Mitteln des täglichen Bedarfs wie Hygieneprodukten soll
273 die Mehrwertsteuer entfallen.

274 Statt der Mehrwertsteuer wollen wir endlich die Reform unseres Steuersystems. Durch eine echte, progressive
275 Besteuerung schaffen wir mehr Gerechtigkeit und können so noch dazu die Abschaffung der Mehrwertsteuer
276 auffangen.

277 Verschärfung des Kartellrechts

278 „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu
279 Zerstreungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen
280 die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise
281 erhöhen kann.“ Dies stellte schon Adam Smith fest, der erste Theoretiker der
282 Marktwirtschaft, auf den sich neoliberale Ökonom*innen bis heute berufen. Diese
283 plärren auch zuverlässig jetzt Zeter und Mordio, nachdem Wirtschaftsminister Robert
284 Habeck ankündigte, das Kartellrecht verschärfen zu wollen. Dabei zeigen die Preise
285 an den Tankstellen, die sich weitgehend vom internationalen Mineralölpreis
286 abgekoppelt haben, und insbesondere das sofortige Verpuffen des Tankrabbatts, dass bei den Ölkonzernen
287 Preisabsprachen stattfanden, die bisher vom Kartellamt nicht unterbunden werden konnten.

288 Wir stellen uns daher hinter die Verschärfung des Kartellrechts, um die von Smith so
289 bezeichnete "Verschwörung gegen die Öffentlichkeit" zu verhindern. Entsprechend dem Entwurf des Wirt-
290 schaftsinisteriums soll das Kartellamt künftig mehr rechtliche
291 Möglichkeiten zu Sektoruntersuchungen bekommen. Es muss ihm möglich sein,
292 übermäßige Gewinne abzuschöpfen und marktbeherrschende Konzerne zerschlagen
293 zu können, ohne dass illegale Preisabsprachen bereits erwiesen wurden. Die Regierung arbeitet daran. Für
294 diese Aufgaben muss das Kartellamt auch personell und finanziell besser ausgestattet werden.
295 Fossile Energien endlich hinter uns lassen!
296 Um die Klimaziele zu erreichen und dem Klimawandel konsequent zu entgegnen, müssen wir auf erneuerbare
297 Energien setzen und diese ausbauen.
298 Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Abhängigkeit Deutschlands und Europas
299 deutlich gezeigt. Es gilt sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen und die fossilen
300 Energien hinter sich zu lassen. Die Energiewende bietet die Chance, zur Blaupause
301 für ein modernes, nachhaltiges und vor allem gerechteres und demokratischeres Wirtschaftssystem zu wer-
302 den
303 Solarenergie besser nutzen!
304 Dazu muss die Solaranlagen Pflicht umgesetzt werden. Diese ermöglicht nicht nur die eigene Versorgung
305 mit erneuerbaren Energien und die damit verbundene Einsparung von Stromkosten, sondern auch die Ein-
306 speisung überschüssiger Energie für die Allgemeinheit. So wird auf hier der Anteil an erneuerbaren Energien
307 gesteigert. Um den Menschen einen Anreiz zu bieten auf Solarenergie zu setzen, müssen wir den gesamten
308 Prozess entbürokratisieren und vereinfachen.
309 Kleine Anlagen wie zum Beispiel die Blockheizkraft und Photovoltaikanlagen müssen stärker gefördert wer-
310 den. Die Mehrwertsteuer auf selbst verbrauchten Strom aus der eigenen Solaranlage muss entfallen.
311 Um die Dezentralität in den einzelnen Haushalten weiter auszubauen, wollen wir die
312 Entwicklung von Speichertechnologien ohne seltene Erden und die Beschaffung durch Haushalte fördern.
313 Auch die Kommunen sollen durch eigene Speicherkapazitäten einen Beitrag leisten.
314 Ebenso muss es auch für Teil Einspeisungen höhere Einspeisevergütungen geben.
315 So fördern wir zuerst den privaten Verbrauch des selbst erzeugten Stromes und
316 anschließend die Einspeisung. Erneuerbare Energien sollen konsequent
317 Einspeisevorrang vor fossilen Energien haben. So kommen wir unserem Ziel einer
318 dezentralen Stromversorgung näher. Durch eine Solaranlagen Pflicht auf privaten und
319 öffentlichen Gebäuden gemessen an der Größe der Dachfläche wollen wir die
320 dezentrale Stromversorgung zudem langfristig verpflichtend gestalten. Dabei soll eine
321 Beweislastumkehr gelten, sodass Hausbesitzer*innen nur von der Pflicht eine
322 Solaranlage zu bauen befreit werden, wenn sie dies bei der zuständigen Behörde
323 nachweisen können. In Mehrfamilienhäusern wollen wir zudem
324 Energiegenossenschaften fördern. Für den Bau von Photovoltaikanlagen durch Haushalten wollen wir Darle-
325 hen ermöglichen, die bereits in der Vergangenheit positive Effekte bewirkt haben.
326 Neben dem Potenzial durch private und gewerbliche Solarstromerzeugung sehen wir

327 auch auf Seiten des Staates unausgeschöpfte Möglichkeiten: Wir fordern, dass konsequent neben Autobah-
328 nen und Bundesstraßen Solarpaneele angebracht werden, dabei können auch Lärmschutzwände und Mittel-
329 streifen genutzt werden.

330 Zudem fordern wir die Umsetzung von Photovoltaik Überdachungen bei Autobahnen
331 und Bahntrassen. In Deutschland sind knapp 13.000 km Strecke durch Autobahnen versiegelt. Das ergibt
332 enorme Möglichkeiten zur Stromgewinnung auf einer sonst ungenutzten Fläche.

333 Grüner Wasserstoff eine echte Alternative!

334 Wasserstoff ist nicht gleich Wasserstoff. Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien
335 gewonnen wird, bezeichnen wir als grünen Wasserstoff. Zukünftig dürfen wir nur diesen unterstützen. In
336 einigen Industriezweigen fällt Wasserstoff als Nebenprodukt an.

337 Dieser soll künftig auch als nachhaltiger Wasserstoff genutzt werden dürfen.

338 Im Wirtschafts- und Industriesektor stehen uns große Veränderungen bevor: So
339 kann grüner Wasserstoff zur Dekarbonisierung der Industrie beitragen und so
340 Wirtschaftsstandorte erhalten und transformieren. Zudem können mit
341 wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen die Probleme der E-Mobilität überwunden
342 werden. Da diese Technologie vor allem für Schwerlast- oder Langstreckentransporte besser als E-Mobilität
343 geeignet ist. Unsere Ansage ist: Güter auf die Schiene!

344 Wasserstoff soll zudem auch als Speichertechnologie für Solar- und Windkraftanlagen genutzt werden, um
345 den partiell erzeugten Überschuss in Phasen der Nicht- Erzeugung nutzen zu können.

346 Weil Windräder unsere Landschaft schöner machen!

347 Windräder dürfen nicht nur in Norddeutschland zum Landschaftsbild gehören. Auch in Bayern muss das Po-
348 tenzial voll ausgeschöpft werden. Schöne Aussicht und Bergblick dürfen dabei kein gültiges Gegenargument
349 sein, denn auch Windkraftwerke haben ihren Charme, nicht nur in der Nordsee.

350 Die 10H Regelung, die Windräder in Bayern nahezu unmöglich macht, muss restlos
351 gestrichen werden. Das bedeutet nicht, dass wir die Verträglichkeit für
352 Anwohner*innen vergessen. Außerdem muss die Deckelung zum Ausbau der Windkraftträder aufgehoben
353 werden.

354 Bürger*innen müssen von Kommunen in den Prozess des Baus einer
355 Windkraftanlage eingebunden werden und ihnen wenn möglich über eine
356 Genossenschaft eine Chance gegeben werden sich zu beteiligen und zu profitieren.

357 Oft ist die Ablehnung eines Windrades auch mit Unwissenheit und unbegründeten Ängsten verbunden.
358 Dem muss strategisch durch Informationskampagnen und Partizipationsmöglichkeiten entgegengewirkt wer-
359 den.

360 Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa

361 Die Ernährungssicherheit in Deutschland, Europa und der gesamten Welt ist durch Russlands unmenschli-
362 che Taktiken gefährdet. Den sofortigen Reflex einiger konservativer Kreise Errungenschaften in der Pestizid
363 Einschränkung und der Ausgleichsflächen anzugreifen und rückgängig zu machen, lehnen wir entschieden
364 ab.

365 Wir haben kein Flächen- sondern ein Verteilungsproblem. Durch eine Reduktion der Viehhaltung, können wir
366 Flächen für nachhaltige ökologische Versorgung gewinnen und gleichzeitig Ernährungssicherheit garantieren.
367 Unser Ziel sollte nicht sein aus Europa die Welt zu ernähren, sondern Länder des globalen Südens langfristig
368 dabei zu unterstützen ihre Lebensmittelimporte zu diversifizieren und zum großen Teil regional anbauen zu
369 können.

370 EEG – Erneuerbare Energien Gesetz
371 Mit dem ersten Entlastungspaket beschloss die Bundesregierung auch die EEG
372 Umlage von derzeit 6,5 ct pro Kilowattstunde (2021) zu streichen. Dieser Schritt war
373 bereits für das Jahr 2023 vorgesehen und konnte aufgrund der Umstände nun
374 frühzeitig durchgesetzt werden. Die Anfallenden Kosten werden ab sofort dauerhaft über den Bundeshaus-
375 halt finanziert. Wir begrüßen diese Maßnahme, da in der Vergangenheit vor allem Verbraucher*innen durch
376 die EEG-Umlage belastet wurden.
377 Mit der letzten EEG Novelle 2021 wurde nicht nur die Abschaffung der EEG Umlage
378 auf den Weg gebracht, sondern auch beschlossen, dass bis zum Jahr 2035 55-60%
379 des Stroms durch erneuerbare Energien abgedeckt werden soll. Das reicht uns noch nicht aus. Wir fordern,
380 einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2035.

Antragsteller*innen

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: